

**Andreas Urban**

## **Zur rationalen Irrationalität des Irankriegs**

Auf den ersten Blick – und durchaus auch auf den zweiten – erweckt der im Februar 2026 von den USA und Israel eröffnete Krieg gegen den Iran den inzwischen hinlänglich bekannten Eindruck galoppierender Irrationalität eines an seinen eigenen Widersprüchen irre werdenden kapitalistischen Weltsystems; zumal in der spezifisch Trump'schen Spielart, die den krisenbedingten Verfall des Politischen besonders eindrucksvoll verkörpert: Erratisch, planlos, in unseliger Kombination mit einer geradezu aufreizenden Hybris, wirkt das Vorgehen der USA im Iran wie genügend andere der von der Trump-Administration in den vergangenen fast eineinhalb Jahren in beeindruckender Frequenz vom Stapel gelassenen, nicht selten grotesk anmutenden Vorhaben und Aktionen. Nicht zuletzt der sich bereits in Corona-Krise und Ukraine-Krieg speziell auf westlicher Seite artikulierende Realitätsverlust und ein wachsender Hang zur Selbstzerstörung (vgl. Urban 2025a) lassen sich am gegenwärtigen Irankrieg und dessen konkretem Verlauf nur schwer von der Hand weisen.

Freilich erfreut es sich zurzeit allgemein großer Beliebtheit, Trump als irrationalen, inkompetenten Spinner und darüber hinaus als pathologischen Narzissten darzustellen – und dies, wie gesagt, nicht zu Unrecht. Gerade der prima vista desaströse Verlauf des Irankriegs, den sich der laut Selbsteinschätzung beste US-Präsident aller Zeiten („greatest of all time“, GOAT) anders vorgestellt haben dürfte, gilt vielen bloß als weiterer Beleg für Trumps Unzurechnungsfähigkeit und sein mangelndes Verständnis politischer und ökonomischer Grundlagen. Und doch drängt sich die Frage auf, ob dieser Krieg (zu dem sich Trump womöglich auch noch völlig naiv und fahrlässig von Netanjahu überreden lassen haben soll) ganz und gar darin aufgeht und ein bloßes Produkt Trump'scher Selbstüberschätzung und Unfähigkeit ist, oder ob sich dahinter nicht auch eine gewisse Binnenrationalität verbirgt; freilich eine Binnenrationalität, die wie jede kapitalistische Rationalität, zumal in Zeiten ihres Verfalls, selbst nur eine irrationale sein kann, die aber möglicherweise auf eine system-immanente Logik verweist, die nicht allein auf Unfähigkeit, politisches Versagen und Irrationalität reduziert werden kann.

Manches an der von den USA und Israel herbeigeführten Eskalation im Nahen Osten ergibt nämlich immanent, vor allem aus der Perspektive eines Abwehrkampfes der USA gegen die eigene Hegemoniekrise, wenn auch auf eine selbst schon reichlich abstruse und bitterböse Weise, durchaus Sinn. Die Eskalation im Nahen Osten und die damit drohende nachhaltige Destabilisierung der gesamten Region, mitsamt dem daraus potentiell resultierenden geopolitischen und weltwirtschaftlichen Fallout, wären aus dieser Perspektive nicht als bloßes Ergebnis politischen Irrsinns oder unkontrollierter bzw. unterschätzter Dynamiken zu verstehen, sondern als durchaus beabsichtigte oder zumindest in Kauf genommene Entwicklung zu interpretieren.[1] Zu fragen wäre mithin, ob die weitere Destabilisierung der ohnehin instabilen Nahostregion mehr ist als ein nichtintendierter, negativer Effekt des Krieges, und ob darin womöglich, im Gegenteil, gerade ein wesentliches Ziel der Angriffe auf den Iran bestehen könnte, um (jedenfalls der Absicht nach) geopolitische Vorteile daraus zu ziehen. Für die Aggressoren – USA und Israel – könnte ein dauerhaft instabiler Naher Osten strategisch mitunter günstiger sein kann als eine leidlich stabile, im Zuge eines weiteren Aufstiegs Chinas und der BRICS sowie einer heute viel beschworenen Entwicklung zur „Multipolarität“ eventuell wirtschaftlich erstarkende, relativ unabhängige und politisch an Einfluss gewinnende Region. Die durch den Krieg bewirkte Destabilisierung des Nahen Ostens muss dabei nicht zwingend als bewusster Bestandteil eines „Masterplans“ gedacht

werden, sondern eher als Zustand, der gezielt genutzt und instrumentalisiert werden kann – gewissermaßen als ein Mittel zum geopolitischen Zweck. Dies kann etwa dort der Fall sein, wo nicht nur nationale Regierungen destabilisiert oder gestürzt[2], sondern auch Infrastrukturen wie Pipelines, Häfen und Energieanlagen beschädigt werden, da dies langfristig die Souveränität der betroffenen Staaten untergräbt und ihre Abhängigkeit erhöht.

Für Israel läge ein strategischer Vorteil in einer erheblichen Schwächung seiner arabischen Nachbarstaaten. Für die USA wiederum läge der Nutzen weniger im einzelnen Konflikt als in der daraus entstehenden (Un)Ordnung: Eine weiter destabilisierte Region würde die Abhängigkeit anderer Staaten, insbesondere auch von US-Partnerländern, in militärischer, logistischer, energetischer und sicherheitspolitischer Hinsicht erhöhen. Gleichzeitig verhinderte sie, dass regionale Mächte wie Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate zu unabhängigeren, selbstbewussten geopolitischen Playern aufsteigen. Das Vorgehen der USA gegenüber dem Iran, einschließlich militärischer Maßnahmen zur Durchsetzung von Blockaden oder Trumps Joint-Venture-Idee zur Einführung von Transitgebühren in der Straße von Hormus, weisen etwa in diese Richtung. Gerade solche Maßnahmen legen den Schluss nahe, dass es vielleicht gar nicht beabsichtigt ist, zu einer mehr oder weniger stabilen Vorkriegsordnung zurückzukehren, sondern ganz im Gegenteil neue Macht- und Abhängigkeitsstrukturen im hegemonialen Interesse und zum Vorteil der USA zu etablieren. In diesem Kontext würde gerade auch Israel als verlässlicher, eng eingebundener Partner für die USA an Bedeutung gewinnen, da es als stabiler Anker in einer ansonsten fragmentierten Region fungierte. Gleichzeitig könnten die USA im Energie- und Rüstungssektor ökonomisch profitieren: durch steigende Ölpreise, wachsende Öl- und LNG-Exporte und umfangreiche Waffenverkäufe an regionale Akteure. Diese Kombination aus Kontrolle über die globale Energieversorgung, militärischer Unterstützung und Sicherheitsgarantien für die weiterhin in US-Abhängigkeit gehaltenen Länder in der Region würde ihnen somit (potentiell) sowohl wirtschaftliche als auch geopolitische Vorteile verschaffen.

Speziell mit der Hormus-Blockade und den damit einhergehenden Auswirkungen auf Öl- und Gastransporte könnte etwa China, als von den USA auserkorener geopolitischer und ökonomischer Hauptgegner, erheblich unter Druck gesetzt werden. In einem Kommentar anlässlich des Angriffs auf iranische Atomanlagen im Juni 2025 habe ich bereits gemutmaßt, dass das eigentliche Ziel der damaligen Aggression in Wahrheit China bzw. die BRICS insgesamt sein dürften (vgl. Urban 2025b). Dies könnte durch den jüngsten Krieg und das US-amerikanische Vorgehen zusätzliche Bestätigung finden: Chinas Wirtschaft ist bekanntlich stark auf Energieimporte aus dem Nahen Osten angewiesen, insbesondere über die Straße von Hormus. Rund 38 Prozent der Rohölmenge und rund 23 Prozent der LNG-Mengen, die üblicherweise durch diese Meerenge transportiert werden, sind für chinesische Häfen bestimmt (vgl. Bayer 2026). Instabilität führt hier nicht nur zu möglichen Ausfällen, sondern schon jetzt zu höheren Kosten, Unsicherheiten und strukturellen Belastungen in der gesamten Lieferkette. Kriegsbedingte Produktionsausfälle in Katar oder Einschränkungen bei bestimmten Rohölsorten haben bereits gezeigt, wie empfindlich die chinesische Energieversorgung auf solche Störungen reagiert. Die Region verliert dadurch ihre Funktion als verlässlicher wirtschaftlicher Knotenpunkt und wird mehr denn je zu einer sicherheitspolitischen Problemzone.

Sinn und Zweck des Kriegs könnte also sein, die geopolitische Ordnung so umzugestalten, dass die USA strategisch profitieren, indem sie regionale Machtzentren begrenzen und sich gleichzeitig wirtschaftliche Vorteile – insbesondere im Energiesektor – verschaffen, während vor allem China indirekt geschwächt wird. Dieses Muster zeigt sich übrigens nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in anderen Konflikten wie dem Ukraine-Krieg, wo Drohnen-

angriffe auf russische Energieinfrastruktur ebenfalls wichtige chinesische Versorgungswege beeinträchtigen. Ein besonders schlagendes Beispiel ist Venezuela: Anfang 2026 wurde Präsident Nicolás Maduro durch eine US-Militäroperation – de facto eine Entführung – entmachtet, woraufhin Donald Trump offen erklärte, amerikanische Ölkonzerne würden im Land nun massiv investieren. Es wird also gar kein Geheimnis daraus gemacht, dass man sich durch den Coup in Venezuela mal so ganz nebenbei die weltweit größten Erdölreserven unter den Nagel gerissen hat. Dadurch gerät ein wichtiger Ölfluss, der zuvor in erheblicher Menge nach China strömte, unter US-Kontrolle. Auch solche Aktionen führen letztlich zum gleichen Ergebnis, nämlich dass China strategisch wichtige Energiequellen verliert – was vielleicht das eigentliche (oder zumindest ein wesentliches) Ziel der ganzen Veranstaltung ist.[3]

Ein weiterer, nicht zu vernachlässigender Benefit, den die USA aus der Destabilisierung des Nahen Ostens ziehen könnten, bestünde nicht zuletzt darin, dass damit auch die „allies and partners“ in Ostasien in den eisernen Griff genommen werden, da diese nun noch mehr von US-Energielieferungen abhängig werden. Mit Europa hat das ja seit 2022 schon bestens funktioniert, jetzt könnte die Ostflanke (Japan, Korea, Taiwan, Philippinen, Australien, Indonesien usw.) an der Reihe sein.

Mit alledem könnte schließlich auch der (in den letzten Jahren als Leitwährung bereits relativ angegriffene) Dollar gestärkt bzw. konsolidiert werden, da jetzt und in Zukunft alle auf Dollars angewiesen wären, um an ihre fossilen Brennstoffe zu kommen. Insbesondere manche Lieferländer müssten es sich in Hinkunft wieder dreimal überlegen, ob sie in einer anderen Währung als US-Dollar abrechnen und so in Kauf nehmen, von den USA sanktioniert zu werden (daran bräuchten z.B. die Golfmonarchien so lange nicht zu denken, wie die USA die Straße von Hormus blockieren und die Bedingungen diktieren).

Freilich bewegt man sich mit solchen Überlegungen im Bereich der Spekulation, noch dazu auf einer rein immanenten, geopolitischen Ebene. Aus wertkritischer Sicht wäre eine solche Entwicklung und ein darin manifest werdendes geopolitisches Kalkül aber immerhin anschlussfähig an die (vor allem von Tomasz Konicz vertretene) krisentheoretische These, wonach geopolitische Konflikte im aktuellen Stadium der finalen Kapitalismuskrisis die Form immer brutalerer Verteilungskämpfe, insbesondere um Ressourcen und Energie, annehmen und der Krisenimperialismus der globalen Führungsmächte sich vermehrt um die Sicherung von Extraktions- und Energieversorgungswegen dreht:

*„In der Endphase des kapitalistischen Weltsystems scheint imperialistische Herrschaft auf bloße Aufrechterhaltung von Extraktionswegen hinauszulaufen, durch die Ressourcen und Energieträger aus den ökonomischen und ökologischen Zusammenbruchgebieten in die verbliebenen, erodierenden Zentren befördert werden sollen, die sich in offener Krisenkonkurrenz befinden.“* (Konicz 2024, S. 55; vgl. hierzu auch Urban 2024)

Dieser Befund wäre durch das US-amerikanische Vorgehen im Iran sogar noch ein wenig zu präzisieren bzw. zu erweitern, denn wenn die Destabilisierung des Nahen Ostens nicht (nur) ein Effekt, sondern das eigentliche Ziel des Krieges sein sollte, insbesondere um China von wirtschaftlich wichtigen Versorgungswegen für Energieträger abzuschneiden, wäre festzuhalten, dass sich gegenwärtige Formen und Strategien des Krisenimperialismus offenbar keineswegs nur in der Aufrechterhaltung und Sicherung der eigenen Extraktionswege erschöpfen, sondern zunehmend auch die Zerstörung der Ressourcen- und Energieversorgung der geopolitischen Konkurrenten beinhalten. Das spräche wiederum für das mittlerweile erreichte Niveau der Krise und eine enorme Zuspitzung der damit einhergehenden globalen Verteilungskämpfe.

Relativiert werden solche möglichen geopolitischen Kalküle aber ebenfalls durch die sich dynamisch verschärfende Krise des kapitalistischen Weltsystems insgesamt. Aus diesem Blickwinkel stellt sich gar nicht so sehr die Frage, die manche Kommentatoren der aktuellen Geschehnisse umtreibt, ob hinter dem Irankrieg und dessen Verlauf politisches Kalkül oder politisches Versagen und Unfähigkeit eines größenwahnsinnigen US-Präsidenten steht. Aus wertkritisch-krisentheoretischer Sicht ist nämlich vermutlich beides zugleich zutreffend. Denn bereits ganz unabhängig davon, ob das (mögliche) Kalkül der USA schon rein immanent überhaupt aufgehen wird und das amerikanische Vorgehen nicht am Widerstand des Iran und seiner Verbündeten oder an der eigenen Unfähigkeit scheitert, bleibt ein solches geopolitisches Kalkül von vornherein eingebannt in den zunehmend enger werdenden Rahmen eines in der Krise befindlichen warenproduzierenden Systems mit seinen systemischen Zwängen und eskalierenden Widersprüchen. Die Krise des Kapitalismus ist nicht einfach konjunkturell oder gar politisch verursacht, sondern gründet in der inneren Logik der Wertverwertung selbst. Seit Jahrzehnten untergräbt die kapitalistische Produktivkraftentwicklung ihre eigene Basis, indem sie die Verausgabung lebendiger Arbeit – die Quelle von Wert und Mehrwert – zunehmend aus dem Produktionsprozess eliminiert. Die Folge ist eine strukturelle Überakkumulation von Kapital, das keine hinreichend profitablen Anlagemöglichkeiten mehr findet. Finanzialisierung, exzessive Verschuldung und spekulative Blasen haben diese Entwicklung lange überdeckt, doch sie können die grundlegende Problematik, die aus der rastlosen Verwertungs- und Produktivitätslogik des Systems selbst resultiert, nicht dauerhaft lösen. Vor diesem Hintergrund nehmen auch geopolitische Konflikte und der Imperialismus insgesamt eine neue Bedeutung und in vielerlei Hinsicht auch eine andere Form an. Sie erscheinen nicht mehr nur als Konkurrenz zwischen Nationalstaaten, sondern als Ausdruck eines Systems, das seine Reproduktionsbedingungen nicht mehr stabil gewährleisten kann.

So mag es daher zunächst plausibel sein, dass innerhalb eines sich zuspitzenden Krisenzusammenhangs bestimmte Strategien – selbst so offen destruktive wie die angenommene US-Strategie einer gezielten Destabilisierung der Nahostregion – eine relative Rationalität entfalten. Eine geschwächte, fragmentierte Region kann Abhängigkeiten erzeugen, Einflusszonen und Extraktionswege sichern sowie ökonomische Vorteile verschieben. Die Kontrolle über Energieflüsse, Transportwege und Sicherheitsarchitekturen wird in einer Situation wachsender Unsicherheit und eines gleichzeitig global zunehmenden Energiehungers zu einem zentralen Machtfaktor. Ebenso ist nachvollziehbar, dass militärische und sicherheitspolitische Instrumente an Bedeutung gewinnen, wenn ökonomische Dominanz nicht mehr in gleichem Maße gewährleistet ist wie in früheren Phasen kapitalistischer Entwicklung. In diesem Sinne lässt sich also durchaus von einer Binnenrationalität sprechen. Der Zugriff auf Ressourcen, die Sicherung von Extraktionswegen, die Aufrechterhaltung von Abhängigkeiten und die Schwächung potentieller Konkurrenten erscheinen aus der bornierten Binnensicht als naheliegende, womöglich sogar erfolgversprechende Strategien – gerade für eine Hegemonialmacht, deren ökonomische Grundlage längst erodiert ist und die mittlerweile auch geopolitisch und militärisch immer mehr an Boden verliert.

Doch genau an diesem Punkt blamiert sich jene Binnenrationalität an sich selbst. Denn die Bedingungen, unter denen solche Strategien formuliert und in die Tat umgesetzt werden, sind selbst bereits krisenhaft. Die Handlungsspielräume sind bereits enorm eingeschränkt, die Unsicherheiten hoch, die möglichen Nebenfolgen kaum kalkulierbar. Was kurzfristig als Vorteil erscheint, kann mittelfristig die Krise verschärfen, weil es die ohnehin nur noch auf tönernen Füßen stehende Weltwirtschaft weiter destabilisiert. Die globale Wirtschaft ist heute so eng verflochten, dass Störungen in wirtschaftlich zentralen Regionen nicht isoliert bleiben

können. Energiepreise, Lieferketten, Finanzmärkte und politische Stabilität stehen in einem untrennbaren wechselseitigen Bedingungsverhältnis. Eine Eskalation im Nahen Osten trifft daher nicht nur einzelne Akteure selektiv, sondern wirkt gesamtsystemisch zurück. Das aktuelle Vorgehen der USA ist deshalb mindestens hochriskant zu nennen und potentiell sogar selbstzerstörerisch. Denn wenn sich die Folgen des Irankriegs und insbesondere der Hormus-Blockade zu einer massiven Weltwirtschaftskrise auswachsen, mitsamt den zu erwartenden Auswirkungen auf die Finanzmärkte, werden die USA die Konsequenzen dieser Verwerfungen auch von sich selbst nicht fernhalten können[4] – einmal ganz davon abgesehen, dass damit die Krise des kapitalistischen Weltsystems abermals eine enorme Verschärfung erfahren würde (von der Gefahr einer auch militärischen Eskalation zu einem globalen Flächenbrand ganz zu schweigen).

Gerade in dieser Rückkopplung liegt die Irrationalität eines immanent durchaus rationalen Vorgehens. Die Strategie, durch Destabilisierung Kontrolle zu gewinnen, setzt implizit voraus, dass die Instabilität begrenzt bleibt – dass sie also gewissermaßen dosiert werden kann. Doch unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft und erst recht unter den Prämissen einer fortgeschrittenen Systemkrise ist diese Annahme völlig unreal, ja verrückt. Die Dynamiken verselbständigen sich, Eskalationen können unerwartete Kettenreaktionen auslösen, und die ohnehin schon geringe Fähigkeit zur Steuerung tendiert zunehmend gegen Null. Das Kalkül einer gezielten Destabilisierung der Nahostregion – wenn die USA ein solches tatsächlich verfolgen sollten – wäre somit selbst eine symptomatische Erscheinungsform jener fundamentalen Systemkrise, Ausdruck eines krisengetriebenen Handelns, in dem rationale Interessenverfolgung und strukturelle Überforderung unmittelbar ineinander fallen. An dieser Stelle zeigt sich auch die in jener umfassenden Systemkrise und nicht bloß in geopolitischen Verschiebungen begründet liegende Ursache der US-amerikanischen Hegemoniekrise: Die „Krise der Hegemonie“ (Konicz) fällt historisch mit der finalen Krise des Kapitalismus zusammen, weil sie „an den Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise und damit der modernen Weltmachtfähigkeit“ (Kurz 2003, S. 432) schlechthin aufscheint. Für den Versuch, innerhalb eines sich verengenden systemischen Rahmens die hegemoniale Position abzusichern, stehen auf dem erreichten Krisenniveau daher folgerichtig – und empirisch offenkundig – nur noch hochgradig destruktive Mittel zur Verfügung, die die Krise insgesamt nur weiter vertiefen können. Kurzfristig mag es den USA durch ihr Vorgehen vielleicht gelingen, sich gewisse Vorteile zu verschaffen – etwa im Energiesektor. Doch diese Vorteilsnahme ist eingebettet in und begrenzt durch eine Gesamtentwicklung, die die Reproduktionsfähigkeit des Systems in globalem Maßstab und damit auch die Grundlage des eigenen hegemonialen Status sukzessive untergräbt.

Dies gilt nicht nur für einzelne Konfliktregionen wie den Nahen Osten, sondern für die globale Entwicklung insgesamt. Die zunehmende Militarisierung, die Fragmentierung von Weltmärkten, die eskalierende Konkurrenz um Energie- und Rohstoffflüsse – all dies sind Reaktionen auf eine Krise, die sich ökonomisch nicht mehr lösen lässt. An die Stelle einer ökonomisch-expansiven Dynamik tritt eine immer destruktivere Form der Krisenbearbeitung – bis hin zur potentiellen Selbstzerstörung.

Sollte es sich bei der Annahme eines binnenrationalen, krisenimperialistischen Kalküls der Trump-Administration im Irankrieg um eine Fehleinschätzung handeln und die absehbaren Konsequenzen der dadurch bewirkten Destabilisierung des Nahen Ostens bloß ein Resultat des blinden Umsichschlagens der abgetakelten US-Hegemonialmacht sein, wäre dies freilich erst recht und umso mehr im Kontext der fortschreitenden Krise der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Institutionen zu sehen. Der Irankrieg fügte sich dann nahtlos in die schon in Corona-Krise und Ukraine-Krieg mit Händen zu greifende „suizidale

Drift“ vor allem des „kollektiven Westens“ und seine Tendenz, der finalen Krise und dem dadurch in Gang gesetzten eigenen Verfall nach Leibeskräften durch irrationale Reaktionen, Realitätsverlust, maßlose Selbstüberschätzung und eine umfassend institutionalisierte Inkompetenz selbst nachzuhelfen.

In den Zusammenhang der Krise des Kapitalismus im Allgemeinen und des Westens im Besonderen gehört nicht zuletzt die inzwischen auf beeindruckende Höhen gestiegene Rücksichtslosigkeit der USA gegenüber ihren eigenen Verbündeten, insbesondere dem nur noch mitleiderregenden, geopolitisch wie ökonomisch nun wohl endgültig zur Irrelevanz verurteilten Europa. Die disruptiven Effekte des Irankriegs vor allem im Bereich der Energieversorgung – seien diese nun von den USA kalkuliert oder nicht – sind ja nicht nur dazu angetan, China als Amerikas gegenwärtigem Hauptkonkurrenten beträchtlichen Schaden zuzufügen, sondern auch und gerade Europa bzw. der EU. Robert Kurz hat bereits vor über 20 Jahren auf die „*wachsende Neigung der US-Administration zu Alleingängen unter offenem Bruch aller Regeln, auch den eigenen ‚Verbündeten‘ gegenüber*“ (Kurz 2003, S. 429) hingewiesen. Diese Neigung scheint heute keinerlei Schranken mehr zu kennen. Freilich handelt es sich hierbei um keine Einbahnstraße und sind die einem Vasallen nur allzu würdigen europäischen Reaktionen nicht minder aussagekräftig für den heutigen Zustand des Westens wie der demonstrative Stinkefinger von Trump und Co. (welchen Stellenwert die diversen US-Administrationen, egal ob republikanisch oder demokratisch geführt, Europa als transatlantischem Bündnispartner beimessen, hat schon 2014 die damalige Assistant Secretary of State im US-Außenministerium, Victoria Nuland, in dankenswerter Offenheit zum Ausdruck gebracht: „Fuck the EU!“). Europa – und allen voran Deutschland – hat sich bereits im Zuge des westlich-russischen Stellvertreterkrieges in der Ukraine geradezu freudig von russischen Energieträgern abschneiden lassen – einerseits durch eine dysfunktionale und selbstzerstörerische Sanktionspolitik, andererseits durch die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines und das Abdrehen noch bestehender Verbindungen wie der Druschba-Pipeline. Gerade für Europa wäre daher eine womöglich längerfristige Blockade der Straße von Hormus in energetischer und damit auch ökonomischer Hinsicht eine einzige Katastrophe – eine Katastrophe, die es aber wohl genauso duldsam hinnehmen wird wie schon alle bisherigen, sich zunehmend häufenden Eskapaden des großen Bruders in Übersee und all der blutigen Nasen und blauen Augen, die es dabei bereits kassiert hat. Auch hier steht am Ende – und abermals verschärft durch die Eskalation im Nahen Osten – eine an die Stelle der einstigen „Abhängigkeit von russischem Öl und Gas“ tretende, dafür umso umfassendere und vor allem sehr viel kostspieligere Abhängigkeit von US-amerikanischen Energielieferungen.

Sei es also geopolitisches Kalkül oder haarsträubende Unfähigkeit und politisches Versagen, das hinter dem bisherigen Verlauf des Irankriegs steht – krisentheoretisch bedeutsam ist das eine wie das andere. Unzulässig und verkürzt ist allerdings eine allein auf geopolitisches Kalkül und „Interessen“ der USA abhebende Analyse, wie sie die in Umlauf befindlichen Spekulationen in alternativen Medien überwiegend auszeichnet. Entscheidend ist letzten Endes – im Sinne einer kritisch-theoretischen Unterscheidung zwischen „Wesen“ und „Erscheinung“ –, welches gesellschaftliche Wesen in jenen geopolitischen Kalkülen und Interessen in Erscheinung tritt. Und dieses Wesen besteht ohne Zweifel in der fortschreitenden Krise des warenproduzierenden Systems und der damit einhergehenden Krise der Hegemonie sowie in den gleichermaßen verzweifelt wie zum Scheitern verurteilten Bemühungen, auf dem Boden des verfallenden Systems gegen die stetig wachsenden Krisentendenzen anzukämpfen.

## Literatur

Bayer, Boris (2026): Instabilität als Instrument, [overton-magazin.de](https://www.overton-magazin.de)

Konicz, Tomasz (2024): Krise der Hegemonie, in: *exit! Krise und Kritik der Warengesellschaft* 21, S. 22-70.

Kurz, Robert (2003): *Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung*. Bad Honnef: Horlemann.

Urban, Andreas (2024): Der Niedergang des Westens als neue Phase im globalen Krisenprozess, [wertKRITIK.org](https://wertkritik.org)

Urban, Andreas (2025a): *Realitätsverlust und suizidale Drift. Corona, Ukraine-Krieg und die Krise des Westens*. Wien: krise + kritik.

Urban, Andreas (2025b): Zum Krieg Israels gegen den Iran, [wertKRITIK.org](https://wertkritik.org)

## Endnoten

[1] Über ein möglicherweise planmäßiges und nicht nur erraticum Vorgehen der USA im Krieg gegen den Iran wird in letzter Zeit insbesondere in diversen Alternativmedien spekuliert. Ich beziehe mich im Folgenden vor allem auf einen Beitrag von Boris Bayer im *Overton-Magazin*, der einige zentrale Argumentationsstränge übersichtlich und schlüssig zusammenfasst (vgl. Bayer 2026).

[2] Der allenthalben als Ziel ausgegebene Regime Change im Iran wäre freilich, wenn er gelänge, bereits für sich ein erheblicher Benefit für die USA, da man damit das größte und mächtigste Land der Region in der Tasche hätte. Unter den möglichen US-Kalkülen in diesem Krieg ist allerdings dieses Vorhaben wahrscheinlich das mit den geringsten Erfolgsaussichten.

[3] Wenngleich auch das nicht so einfach zu realisieren sein dürfte, zumal China riesige Ölreserven angespart und sich darüber hinaus energetisch bereits sehr diversifiziert hat, sowohl was Lieferländer, als auch was Energieträger betrifft.

[4] Man könnte hier freilich argumentieren, dass auch dies bewusst in Kauf genommen wird und die Strategie der USA darauf hinauslaufen könnte, sich selbst zumindest weniger Schaden zuzufügen als dem Rest der Welt und so gewissermaßen als Einbeiniger unter den Querschnittgelähmten König zu bleiben. Auch (und erst recht) ein solches Kalkül wäre aber nur ein weiterer Beleg für das Niveau an (Auto-)Destruktivität, auf das die fundamentale Kapitalismuskrisis das System und seine Verwalter inzwischen getrieben hat.